

Antrag Förderprogramm für Balkonsolaranlagen für Mieter/innen und Kleingärtner/innen der Fraktionen Piraten/Offene Liste/Die Linke und SPD/SPD in Zählgemeinschaft				
Rückmeldung von 24 Mitgliedern des Klimabeirates haben sich 9 Personen zurück gemeldet.				
Antrag	Vorschlag der Stadt	Vorschlag der Kommune wird gefolgt		ggf. Stellungnahme / Begründung
		ja	nein	
<p>Die Stadt setzt ein Förderprogramm für Balkonsolaranlagen für Mieter/innen und Kleingärtner/innen auf.</p> <p>Gefördert werden VDE Normkonforme Balkonsolarmodule und sogenannte Guerilla Installationen (Anlagebetrieb über Außensteckdose, unabhängig vom Netzbetreiber). Geräte, die in der Marktübersicht der "Deutschen Gesellschaft für Sonnenenergie" gelistet sind, halten diese Anforderungen ein. Für den Anschluss ist ein Wielandstecker zu verwenden. Der Aufbau einer Solaranlage wird nach Vorbild anderer Gemeinden pauschal mit bis zu 200 € gefördert.</p> <p>Das Förderungsverfahren verläuft unbürokratisch gegen Vorlage des Kaufbeleges (Modul) und durch Installationsnachweis der Einspeisesteckdose spätestens nach 6 Monaten nach Installation des Balkonsolarmoduls.</p>	<p>Die Stadtverwaltung begrüßt grundsätzlich ein Förderprogramm für sogenannte Balkon-solaranlagen, für die in der Vorlage dargestellten Fälle. Aufgrund der angespannten Haushaltssituation wird jedoch vorgeschlagen, dieses Thema zu vertagen und Projekten mit größeren CO2 – Effekten, wie dem Bau großer Solaranlagen und der geplanten Sanierungsoffensive den Vorrang zu geben.</p>			

**Stellungnahmen des Klimabeirates:**

Förderprogramm: Stellungnahme a)				<p>Die Haushaltslage darf nicht als Grund dafür herangezogen werden, dass der Klimaschutz hinten angestellt wird. Hier wird unterschätzt, dass die Installation solcher Anlagen neben den klimapolitischen Vorteilen auch einen Mobilisierungs- und damit einen Multiplikatoreneffekt hat, der so manchen veranlassen könnte, eine Anlage auch ohne Förderung zu installieren. Der Kompromiss könnte sein, die Förderung angesichts der überschaubaren Anschaffungskosten auf 100,- EUR und die Anzahl geförderter Anlagen auf 50 Stk. pro Jahr festzulegen. Das ergäbe einen maximalen Förderbetrag von 5.000,- EUR pro Jahr, womit keine Haushaltsrelevanz gegeben ist. Der Vorschlag der Stadt, anderen Maßnahmen den Vorrang zu geben ist sehr vage (aufschiebend unkonkret) und mit 5.000,- EUR ist weder dem Bau großer Solaranlagen noch der geplanten Sanierungsoffensive geholfen, dort geht es um wesentliche höhere Beträge. Hinweis: Aufgrund der in letzter Zeit angepassten technischen Vorgaben (Installationsnorm VDE 0100-551-1 und VDE-Anwendungsregel 4105 (VDE-AR-N 4105)) sollte sich das Förderprogramm ausschließlich darauf beziehen, woraus folgt, dass sich "Guerilla-Installationen" erübrigt haben und auch der sog. Wieland-Stecker nicht mehr vorgeschrieben werden muss!</p>
Förderprogramm: Stellungnahme b)			<p><b>X</b> --&gt; <b>komplett ablehnen</b></p>	<p>Die Balkonsolaranlagen haben nur eine sehr geringe Leistung. Der gesamte Ressourcenverbrauch, Herstellung,Transport stehen einer geringen Energiegewinnung gegenüber. Sicherlich ist dies für Bürger die etwas "Sicherbares" machen wollen interessant um Ihre Einstellung am Balkon zu dokumentieren. Im Aussenbereichen sehr fragwürdig- Lichtverschmutzung. Gesamthaft lässt sich mit der Umrüstung auf LED effektiver Energie einsparen und das Klima schützen. Daher keine Zustimmung Fördergelder der Stadt dafür einzusetzen.</p>
Förderprogramm: Stellungnahme c)			<p><b>X</b></p>	<p>ohne Begründung</p>
Förderprogramm: Stellungnahme d)			<p><b>X</b> --&gt; <b>nicht vertagen - ablehnen</b></p>	<p>Ergänzend zu den nachvollziehbaren Argumenten der Stadtverwaltung halte ich eine Förderung von Solaranlagen durch Kommunen insgesamt für fehlgeleitet. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Stadt Lörrach die Installation privater Solaranlagen fördern sollte. Das EEG stellt den hierfür erforderlichen Rahmen, eine Doppelförderung wäre kontraproduktiv, da für andere, zusätzliche klimaschonende Maßnahmen entsprechend weniger Geld verfügbar wäre.</p> <p>Zu Balkonsolaranlagen: hier verdrängt der erzeugte Strom den Strom, der aus dem öffentlichen Netz bezogen wird, das heißt, die Stromrechnung sinkt; Viele Hersteller geben an, dass die Anschaffungskosten einer Mini-PV-Anlage sich nach acht bis zehn Jahren amortisiert haben. Solarmodule haben eine längere Lebensdauer von mind. 20 Jahren. Unter solchen Umständen wäre eine Förderung nicht erforderlich.</p> <p>Ein Förderprogramm für PV in Kleingartenanlagen würde voraussichtlich vor allem Komfort-steigernd wirken, da elektrische Anwendungen (Handy laden, Beleuchtung drinnen/draußen, Koch-, Kühlgeräte,...) zusätzlich angeschafft würden, dies würde Mehrverbrauch von Strom unterstützen. Dies scheint mir generell nicht förderwürdig.</p>

Förderprogramm: Stellungnahme e)			<b>x</b>	Die Ablehnungsgründe der Verwaltung sind für mich nicht nachvollziehbar. Das Problem der Rechtsunsicherheit bezügl. der Verkehrssicherungspflicht ist sicher nicht unüberwindbar - andere Kommunen haben es jedenfalls gelöst. Der hohe Gestaltungsstandard in Lörrach ist zu begrüßen, darf aber kein Hinderungsgrund für die Installation von Solarmodulen sein, zumal ohne Einwilligung des Eigentümers ohnehin kein Modul installiert werden darf. Ob die Frage der Gestaltung von Hausfassaden grundsätzlich höher zu stellen ist wie das Engagement gegen den Klimawandel, ist eine Frage, die jeder selber beantworten kann... Die Haushaltslage ist dramatisch - die Folgen des Klimawandels aber noch dramatischer und auch mit noch höheren Kosten verbunden. Die Mitteleinstellung für die Förderung von Balkonsolaranlagen ist zudem ohnehin überschaubar. Völlig ausser Acht bleibt vor allem, dass es bei Balkonsolaranlagen nicht ausschließlich um den energetischen Gewinn, sondern genauso um den Multiplikatoreffekt geht. Jeder, der eine solche Anlage kauft oder sich einen Kauf zumindest überlegt, setzt sich mit dem Thema Energiewende auseinander.
Förderprogramm: Stellungnahme f)			<b>x</b>	Stattdessen sollen erst die grossen Dachflächen genutzt werden. Hier ist eine aktive Haltung der Stadt wichtig, auch die Vorbildfunktion auf eingegenen Gebäuden. Wünschenswert ist ein Möglichmachen der Beteiligung für Einzelhaushalte, wie durch die Bürgerenergiegenossenschaften. Ich bin selbst Mitglied zweier Energie-Genossenschaften. Daher weiss ich, dass Kapital da ist, um in PV-Anlagen zu investieren (derzeit ist Einzahlungsstopp bei der Bürgerenergie Dreiländereck und der EWS). Der Bürgerenergie Dreiländereck fehlen Flächen zur Installation von Anlagen und personelle Kapazitäten (läuft im Ehrenamt)). Auch die EWS sucht Dachflächen. Eine gekoppelte Förderung von Dach-PV mit gleichzeitiger Dachdämmung wäre vorteilhaft. Wird im Kanton Basel-Stadt so gemacht (Zusatz Fördergelder auf städtischer Ebene zu Fördergelder vom Bund).
Förderprogramm: Stellungnahme g)			<b>x</b>	ohne Begründung
Förderprogramm: Stellungnahme h)			<b>x</b>	Um dem Förderprogramm Balkonsolaranlagen einen größeren CO2-Effekt zu geben und es in einem Gesamtkonzept zu verankern, schlage ich vor, in 2021 die Förderung zu verbinden mit der Teilnahme an der Ermittlung der persönlichen CO2-Fußabdrucks:  Wer den Fußabdruck ermittelt, erhält eine Anerkennung. Hier könnten verschiedene Dinge, die für die Stadt mit keinem großen Budget verbunden sind, zur Wahl gestellt werden, u. a. ein Zuschuss für eine Balkonsolaranlage.
Förderprogramm: Stellungnahme i)			<b>x</b>	Man kann sich über die Fördersumme unterhalten, z. B. maximal 200 EUR bei 600 Watt und maximal 100 EUR bei mindestens 200 Watt aber weniger als 600 Watt. Die Fördersumme könnte auch gedeckelt werden, z. B. auf 2500 EUR insgesamt oder 5000 EUR insgesamt. Außerdem könnten auch andere Mittel aus anderen Töpfen z. B. aus Spenden, von einer der Sparkassenstiftungen oder ähnlichem mehr, unabhängig von Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt werden. Dies insbesondere dann, sollte es eine große Nachfrage nach dieser Fördermöglichkeit geben. Warum? Balkonsolaranlagen sind ein sehr niederschwelliges Angebot an Bevölkerungsgruppen, die ansonsten kaum Möglichkeiten haben zur Energiewende beizutragen. Im Sinne einer Mobilisierung aller Bevölkerungsgruppen, halte ich diesen Antrag für zu wichtig um ihn einfach nur abzulehnen bzw. zu vertagen. Besser wäre es auch in schwierigen Zeiten ein Signal zum Mitmachen zu senden.